



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung:

SPD setzt sich mit Lieferkettengesetz durch! Schrodi: Ein Feiertag für die globalen Menschenrechte

Olching, den 12.02.2021

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Viel zu niedrige Löhne, kaum Arbeitsschutz, Kinderarbeit – die Bedingungen, unter denen Waren wie Obst aus Afrika, Schokolade von der Elfenbeinküste oder Kaffee aus Brasilien hergestellt werden, verstoßen oftmals gegen Menschenrecht. Das soll sich ändern. Lange hat die CDU/CSU blockiert, jetzt hat sich die Bundesregierung auf ein Lieferkettengesetz geeinigt. Das sind gute Nachrichten für die Menschenrechte, findet Michael Schrodi, SPD-Bundestagsabgeordneter für Dachau und Fürstenfeldbruck, der bereits seit November 2019 die Initiative für ein Lieferkettengesetz unterstützt. Angeregt wurde er damals durch Kontakte mit dem Nord-Süd-Forum Fürstenfeldbruck, aber auch Misereor, Brot für die Welt, der DGB Bayern, das Eine-Welt-Netzwerk Bayern, das Fairhandelshaus in Amperpettenbach, die örtlichen Weltläden und viele andere hatten um Unterstützung gebeten. Noch in dieser Legislaturperiode soll der Bundestag das Gesetz beschließen.

Mit dem Lieferkettengesetz sollen zukünftig große Unternehmen zur Verantwortung gezogen werden, wenn ihre ausländischen Lieferanten gegen Menschenrechte verstoßen. „Damit wird Deutschland das wirkungsvollste Gesetz zum Schutz der Menschenrechte in der Europäischen Union bekommen“, freut sich Michael Schrodi. „Die Hartnäckigkeit der SPD und von Bundessozialminister Hubertus Heil zahlt sich aus. Die CDU/CSU hat ihre Blockade aufgegeben – und das ist gut so!“ Die gesamte Lieferkette der Unternehmen wird durch das kommende Gesetz wirkungsvoll in den Blick genommen. „Zum ersten Mal schaffen wir jetzt ein Gesetz zur unternehmerischen Verantwortung für die Einhaltung von Menschenrechten. Kinderarbeit und Sklavenarbeit, Umweltzerstörung und vieles mehr werden dadurch wirkungsvoll bekämpft“, erklärt Schrodi. Er und seine Kolleginnen und Kollegen



der SPD sind überzeugt, dass das Lieferkettengesetz ein Meilenstein ist für die Durchsetzung von Menschenrechten und die Verantwortung der Unternehmen dafür. Die Rechte der Arbeitenden enden nicht am Werkstor – in der gesamten Lieferkette darf es nicht zu Menschenrechtsverletzungen kommen.

Wie bei der Einführung des Mindestlohns vor sechs Jahren ist auch das Lieferkettengesetz ein wichtiger erster Schritt und der weitere Weg ist deutlich vorgezeichnet. Zur Not müsse man das Gesetz jedoch weiter schärfen, sagt Schrodi und erklärt, dass viele Unternehmen auch jetzt schon auf die Einhaltung der Menschenrechte in ihren Lieferketten achten. Es geht also nicht nur um gute Arbeit, sondern auch um fairen Wettbewerb.